

Die Herausbildung der beiden deutschen Staaten – Wer spaltete Deutschland?



Auseinandersetzung zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der KPD, Max Reimann, und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Konrad Adenauer, über die Gestaltung einer zukünftigen deutschen Verfassung auf einer Sitzung des Zonenbeirates am 24. November 1947 in Hamburg.

Studienmaterial für das 4. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1981/82

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur zum Thema:

1. Badstübner/Thomas:
Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955
Pahl-Rugenstein-Verlag –
Kleine Bibliothek Nr. 73
2. Max Reimann:
Entscheidungen 1945–1956
Verlag Marxistische Blätter
3. Fritz Rische:
Alternativen zur Wirtschaftspolitik des Kapitals.
Aufsätze, Artikel und Reden 1945–1978,
Seite 12–93
Verlag Marxistische Blätter
4. F. Noll/R. Booß:
Geschichte in Geschichten
Weltkreis-Verlag

Seminarfragen:

1. Warum entschied sich im Ringen um die Schaffung oder Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse auch die Frage der Einheit oder Spaltung Deutschlands?
2. Zu welchen unterschiedlichen Ergebnissen führte der Kampf um grundlegende demokratische Umgestaltungen in den Westzonen und in der sowjetischen Besatzungszone?
3. Wie kämpften die Kommunisten gegen die Spaltung Deutschlands? – Was ist heute nationale Politik?

Die Herausbildung der beiden deutschen Staaten – wer spaltete Deutschland?

Die beiden deutschen Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, bestehen seit mehr als drei Jahrzehnten. Sie sind völkerrechtlich anerkannt und gleichberechtigt in den Vereinten Nationen (UNO). Sie entwickeln sich auf der Grundlage unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, der alten, wiederhergestellten, kapitalistischen in der Bundesrepublik und der neuen, sozialistischen in der DDR. Sie gehören zwei unterschiedlichen Wirtschaftsgemeinschaften und entgegengesetzten Militärkoalitionen an, die ebenso völlig entgegengesetzten Klassenzielen in der internationalen Politik dienen. Diese gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen beider Staaten sind nicht vermischbar.

Unter diesen Umständen steht die Aufgabe der „Herstellung der deutschen Einheit“ nicht mehr auf der Tagesordnung. Es geht um die Sicherung gutnachbarlicher Beziehungen – auf der Grundlage der Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – zwischen den beiden deutschen Staaten. Die nationale Frage – das ist heute vor allem die Aufgabe, zu verhindern, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Das entscheidet nicht nur über die Zukunft, sondern über das Leben unseres Volkes.

**Nationale Frage heißt
Sicherung des Friedens**

Mit der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und der Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen in den Verträgen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Ländern wurden am Beginn der siebziger Jahre die Voraussetzungen für eine Politik der Entspannung in Europa geschaffen. Die konsequente Einhaltung dieser Verträge liegt in unmittelbarem nationalen Interesse.

Doch im Gegensatz dazu pochen CDU, CSU auf ein „Offenhalten der deutschen Frage“, sprechen SPD-Führer vom Weiterbestehen der deutschen Kulturnation, gibt die Bundesregierung jährlich einen „Bericht zur Lage der Nation“, mit dem sie sich immer wieder in innere Angelegenheiten unseres souveränen Nachbarn DDR einmischt. Nicht zuletzt genießen Revanchistenverbände, trotz aller abgeschlossenen Verträge und trotz des im Grundgesetz enthaltenen Verbots der Hetze gegen andere Völker, die Unterstützung von Bundestagsparteien, Bundes-, Landesregierungen und der Kommunalbehörden. Mit ihrem Gerede von deutscher Einheit wollen die mit dem deutschen Großkapital verbundenen Parteien davon ablenken, daß sie es waren, die nach 1945 im Interesse der Wiederherstellung der Monopolherrschaft alle Ansätze für ein einheitliches, antifaschistisches Deutschland abwehrten, daß dem Großkapital das halbe Deutschland ganz lieber war als das ganze Deutschland halb.

**Ablenken von der
Schuld
an der Spaltung**

Wir wollen in diesem Heft nachweisen, wer bewußt die Spaltung Deutschlands betrieb und in wessen Klasseninteresse sie erfolgte. Wir wollen zeigen, daß die Lösung der nationalen Frage eine Teilfrage des Kampfes gegen das Großkapital war und ist, das noch nie national handelte, wohl jedoch mit nationalistischer Hetze unser Volk für seine Weltherrschaftspläne mißbrauchte.

I. Ziel der Kommunisten 1945: Ein einheitliches, demokratisches, antifaschistisches Deutschland

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Das schworen die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald nach ihrer bewaffneten Selbstbefreiung am 18. April 1945. In ihrem Sinne handelten Antifaschisten aller Richtungen, die 1945 als Frauen und Männer der ersten Stunde des demokratischen Neubeginns begannen, den Schutt in Fabriken und Städten, aber auch den Dreck in den Köpfen der Menschen hinwegzuräumen, den ihnen der Faschismus als Erbe hinterließ.

Für ein neues Deutschland

Ein neues Deutschland sollte entstehen, von dem nie wieder eine Gefahr für den Frieden der Welt ausgehen sollte. Dazu mußten die Verantwortlichen am Krieg und den Verbrechen des Faschismus, die aktiven Nazis, die Bank- und Konzernherren, die Junker und Militaristen, entmachtet werden. Dazu mußte zugleich unserem Volk sowohl die Pflicht zur Wiedergutmachung bewußtgemacht als ihm auch eine eigene demokratische Zukunft gewiesen werden. Und dazu war es vor allem notwendig, Resignation und Verzweiflung zu überwinden, die Massen der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz für den demokratischen Neubeginn zu interessieren und für die aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Gemeinsame Ziele der Antifaschisten

Die KPD wies als erste der demokratischen Parteien Deutschlands, die in Berlin dank der Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht alle im Verlauf des Juni 1945 ihre Leitungen bilden konnten, mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 dazu den Weg. (Wir haben über den Inhalt dieses Aufrufs bereits im 2. Bildungsthema geschrieben.) Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 enthielt weitgehend die gleichen Gedanken. Und auch CDU und LDP unterstrichen bei ihrer Gründung Ende Juni 1945 die Notwendigkeit, den Nazismus auszurotten, die Schuldigen zu bestrafen, die Macht des Monopolkapitals zumindest zu beschneiden.

Rolle der Kommunisten

In allen Zonen des befreiten und von der Anti-Hitler-Koalition besetzten Deutschlands standen Kommunisten in der ersten Reihe der antifaschistischen Kräfte, die die Last des Wiederaufbaus übernahmen. Niemand hätte es damals wagen können, ihre demokratische Legitimation zu bezweifeln, er hätte sich selbst als Feind der Demokratie entlarvt. Denn unbestritten war, daß Kommunisten den größten Beitrag zum Kampf gegen Hitler und auch die größten Opfer gebracht hatten. Doch nicht nur das. Sie galten in einer Zeit der Not und der Korruption auch als die Ehrlichsten und Unbestechlichsten, denen man zuerst zutraute, bei der Verteilung von Lebensmitteln, der Zuweisung der Wohnungen das Elend zumindest gerecht zu verteilen. So gehörten Kommunisten zu den ersten sich bildenden antifaschistischen Verwaltungen in Städten und Kreisen, waren Bürgermeister und Landräte, später Abgeordnete und Minister in den Ländern aktiv beteiligt am Entstehen der ersten demokratischen Landesverfassungen. Sie schufen zusammen mit Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten die ersten Betriebsräte, gründeten die Einheitsgewerkschaft, brachten Versorgung und Verkehr in Gang, bekämpften Schieberei und Schwarzmarkt. Sie nahmen die Wiederaufnahme der lebensnotwendigsten Produktion zu einer Zeit in Angriff, in der unver-

besserliche Nazis noch den Werwolf zu organisieren hofften und Monopolherren und Unternehmer es vorzogen, noch nicht wieder in Erscheinung zu treten, weil sie fürchteten, sich wegen ihrer Rolle im Faschismus verantworten zu müssen.

Wie in der Zeit des antifaschistischen Kampfes waren die Kommunisten auch zu dieser Zeit bemüht, als einigende Kraft der Antifaschisten zu wirken. Zusammenarbeit war das Gebot der Stunde für alle Demokraten. Nur so konnte die Not bekämpft werden. Sechs Millionen Tote, Millionen auf der Suche nach einer neuen Heimat, zerstörte Städte, eine zusammengebrochene Versorgung, Millionen in Kriegsgefangenschaft, ebenso viele ohne Wohnung und Arbeit. Dieses unvergleichbare Elend machte Zusammenarbeit aller Aufbauwilligen zur zwingenden Notwendigkeit.

Doch zugleich galt es, das Ziel des Neuaufbaus nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Schuldigen mußten zur Verantwortung gezogen werden, ein neues Deutschland mußte entstehen. Die Fehler von 1918 durften nicht wiederholt werden.

II. Das Potsdamer Abkommen und das Ringen um seine Verwirklichung

In Übereinstimmung mit den Zielen der deutschen Antifaschisten bestimmte die Potsdamer Konferenz der führenden Mächte der Anti-Hitler-Koalition im Sommer 1945 die Ziele der Besatzungspolitik in Deutschland.

Deutschlands wirtschaftliche und politische Einheit sollte erhalten bleiben. Darüber hatte es auf den Konferenzen in Teheran und Jalta während des Krieges bereits Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten gegeben. Vor allem die USA drängten auf eine Aufteilung Deutschlands und auf weitgehende Vernichtung seiner industriellen Kapazitäten. Doch in Potsdam konnte die Sowjetunion erfolgreich die Konzeption eines einheitlichen, demokratischen und antifaschistischen Deutschland durchsetzen.

Um die Einheit Deutschlands auch in der Zeit seiner Aufteilung in Besatzungszonen zu sichern, wurde der Kontrollrat als gemeinsames Regierungsorgan für Deutschland geschaffen. Ihm gehörten die Befehlshaber aller vier Besatzungszonen an, seine Beschlüsse konnten nur einstimmig gefaßt werden. Die Besatzungsmächte sollten bald durch gesamtdeutsche Verwaltungen unterstützt werden.

Die Besatzungspolitik gegenüber Deutschland sollte von vier großen D bestimmt werden. Das Ziel der Demokratisierung setzte die Demilitarisierung, Denazifizierung und Dekartellisierung voraus. So legte es das Potsdamer Abkommen fest. Nur auf dieser Grundlage war die Einheit Deutschlands möglich.

Das Potsdamer Abkommen, das unserem Volk – in Übereinstimmung mit dem Willen der deutschen Antifaschisten – eine demokratische Perspektive gab, enthielt zugleich als Sühne für die Verbrechen des Faschismus auch harte Verpflichtungen zur Wiedergutmachung. Deutschland verlor die Territorien östlich von Oder und Neiße. Aus diesen, wie es wörtlich im Potsdamer Abkommen heißt, „ehemals deutschen Gebieten“ wurden alle deutschen

Einigende Kraft

Ziele der Besatzungspolitik

Die vier großen D von Potsdam

Was entschied über die deutsche Zukunft?

Staatsbürger ausgewiesen, ebenso die deutsche Minderheit aus der ČSR. Deutschland wurde verpflichtet, durch Reparationen an der Überwindung der Kriegsschäden, vor allem in der Sowjetunion und Polen, den im Kriege meistzerstörten Ländern, mitzuwirken.

Ob die antifaschistisch-demokratische Perspektive erkannt und durchgesetzt werden konnte oder ob, auch unter Nutzung der schweren Folgen des Krieges, neuer Nationalismus geschürt, von den Verantwortlichen am Krieg abgelenkt und ihre Macht restauriert werden konnte, das hing weitgehend davon ab, ob die Antifaschisten Deutschlands ihre Einheit festigten. Und das hing ebenso davon ab, ob die Politik der Anti-Hitler-Koalition aufrechterhalten oder durch neue imperialistische Pläne gestört wurde.

Gemeinsam verkündete Ziele der Besatzungspolitik beseitigten nicht den unterschiedlichen Klassencharakter der Besatzungsmächte. Das zeigte sich in allen Punkten, als es darum ging, die Festlegungen von Potsdam zu verwirklichen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die sowjetische Besatzungsmacht die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien einschließlich der Schaffung ihrer Zentralleitungen für Deutschland in Berlin erlaubt und gefördert. In den Westzonen dagegen dauerte es noch Monate, bis die Parteien, zunächst nur auf Kreisebene, erlaubt wurden. Ihr Zusammenschluß wurde für lange Zeit nur auf Zonenebene genehmigt, Kontakte zu den Berliner Zentralen untersagt.

Behinderung der Arbeiterparteien

Diese Verzögerung richtete sich besonders gegen die Arbeiterparteien. Sie waren 1933 verboten worden, während sich die bürgerlichen Parteien selbst gleichschalteten oder auflösten. KPD und auch SPD besaßen eine antifaschistische Legitimation, waren in der Lage, ihre Organisationen rasch neu aufzubauen. Die bürgerlichen Kräfte dagegen mußten ihre diskreditierten alten Parteien in neue umformieren. Sie brauchten zudem Zeit, um Vertrauensleute des Großkapitals aufzubauen, die die anfangs überwiegenden, zumindest antimonopolistischen Kräfte in diesen Parteien zurückzudrängen vermochten.

Alte Nazis behielten ihre Positionen

Wesentliche Unterschiede gab es auch bei der Schaffung neuer, antifaschistischer Verwaltungen. Zwar legten die gemeinsamen Vereinbarungen fest, aus den Verwaltungen alle aktiven Nazis zu entfernen, doch die Westmächte bestanden darauf, ohne die alten „Fachleute“ sei ein Neuaufbau der Verwaltungen und eine Leitung der Industrie nicht möglich. So blieben wesentliche Schlüsselpositionen von alten Nazis besetzt, wurden Antifaschisten aus den neuen Verwaltungen verdrängt. Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde diese Entwicklung vollendet mit dem sogenannten 131er Gesetz (Artikel 131 GG begründet das Berufsbeamtentum), mit dessen Hilfe alle ehemaligen Nazibeamten, einschließlich jener der Wehrmacht und auch der in der DDR aus dem Staatsdienst entfernten, bevorrechtigt in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik eingestellt werden mußten.

Entsprechende Unterschiede gab es bei der „Entnazifizierung“. In der sowjetischen Besatzungszone wurden alle ehemaligen Nazis aus Verwaltungen, Bildungswesen, Wirtschaftsfunktionen und anderen Schlüsselpositionen entfernt. Sie erhielten Gelegenheit, sich in der Produktion zu bewähren, soweit sie keine persönlichen Verbrechen begangen hatten. In ihre Funktionen rückten bewährte Antifaschisten, aber auch ganz junge Menschen ein. Das ermöglichte einen wirklichen demokratischen Neubeginn unter Ausschal-

tung faschistischer Einflüsse bei breiter Entfaltung demokratischer Initiative.

Entnazifizierung in den Westzonen lief anders. Die bekanntesten Nazis wurden zwar von den Besatzungsmächten interniert, dabei jedoch davor geschützt, sich vor deutschen Antifaschisten verantworten zu müssen. Den meisten der „Großen“ passierte nichts, mit dem Beginn des kalten Krieges wurden sie wieder gebraucht. So war der spätere Bundeskanzler Kiesinger, als Mitarbeiter des Naziaußenministeriums, zwar bis 1947 von den Amerikanern interniert, um dann jedoch aus dem Internierungslager heraus Geschäftsführer der CDU Baden-Württembergs zu werden.

Dieses Verschonen der Großen, der Klassenkomplizen des USA-Imperialismus, wurde ergänzt durch eine unsinnige, den Gedanken der Entnazifizierung diskriminierende Bürokratie. Rund 15 Millionen Westdeutsche mußten Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen, in deren Ergebnis kleine Mitläufer aus den Verwaltungen entfernt wurden, während die großen „Fachleute“ unangefochten blieben. Begründet wurde das mit der Suche nach der „individuellen Schuld“ der einzelnen Nazis, wobei die Großen es immer leicht hatten, sich „Persilscheine“ zum Reinwaschen ihrer braunen Weste zu organisieren.

Die ganze Methode der Entnazifizierung in den Westzonen hatte vor allem den Zweck, demokratische Initiative der Massen zu ersticken, um für die Mächtigen Zeit zu gewinnen. Gegenüber dem antifaschistischen Willen der Völker demonstrierte man eine antifaschistische Aktivität, die verschleierte, daß die internationale Zusammenarbeit mit dem deutschen Monopolkapital neu organisiert wurde. Zugleich wurden viele Deutsche, die für eine demokratische Entwicklung gewonnen werden konnten, durch die Jagd auf die kleinen Leute entmutigt, wurde der Eindruck verstärkt, daß Politik ein schmutziges Geschäft ist, aus dem man sich als kleiner Mann am besten heraushält.

Selbst dort, wo, wie bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, auch Angehörige des Großkapitals, wie Flick, Krupp, die Direktoren der IG-Farben, verurteilt wurden, verhinderten die Besatzungsmächte ihre Enteignung. Zwar wurden – ein Erfolg der Anti-Hitler-Koalition – im Unterschied zum ersten Weltkrieg einige der Hauptkriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen, doch in den Westzonen zugleich verhindert, daß die wirtschaftliche Macht der am Faschismus schuldigen Monopolherren und Militaristen gebrochen wurde.

Entkartellisierung und Entmilitarisierung, das bedeutete in der sowjetischen Besatzungszone die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der Konzerne und Naziaktivisten. In einem Volksentscheid in Sachsen entschieden sich 81 Prozent der Wahlberechtigten für die Enteignung dieses Vermögens der Kriegsverbrecher und seine Übernahme in Volkseigentum. Noch früher, im Herbst 1945 und Frühjahr 1946, wurde die wirtschaftliche Grundlage des deutschen Militarismus, der Großgrundbesitz der Junker, enteignet und den Bauern zur Verteilung übergeben. Das führte die Bauern zugleich an die Seite der Arbeiterklasse, stärkte das demokratische Potential. Zugleich erhielten viele aus den ehemaligen deutschen Gebieten Ausgewiesene sofort eine neue Heimat.

Auch in den Westzonen Deutschlands war die Mehrheit des Volkes dafür, die Monopolherren und Junker zu enteignen. Das zeigte sich, als auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht der Artikel 41 der hessischen Verfassung,

**Entnazifizierung
schont die Großen**

**Grundlegende
Veränderungen in der
sowjetischen
Besatzungszone**

**Volkswillen
mißachtet**

„Entflechtung“
stärkte
Monopolmacht

der eine solche Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum vorsah, gesondert zur Volksabstimmung gestellt werden mußte. Am 1. Dezember 1946 stimmten 71,9 Prozent der hessischen Wähler für die Annahme dieses Verfassungsartikels. Er wurde dennoch nicht verwirklicht, weil die US-Besatzungsbehörde ihn durch Befehl außer Kraft setzte. Hinter dem Einspruch der englischen Besatzungsmacht konnte sich auch die CDU in Nordrhein-Westfalen verstecken. Sie brauchte im Landtag das Gesetz über die Kohleverstaatlichung nicht abzulehnen – das von KPD, SPD und Zentrum beschlossen wurde – in der Gewißheit, daß die Militärregierung die Verwirklichung des Gesetzes blockieren werde.

An die Stelle der Enteignung der Monopole trat ihre „Entflechtung“. Auch die wurde von „Fachleuten“ besorgt, z. B. wurde der ehemalige Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Heinrich Dinkelbach, beauftragt, die Stahlindustrie zu entflechten. Das offizielle Ziel war – entsprechend dem Potsdamer Abkommen – die Beseitigung der übermäßigen Machtkonzentration. Bei dieser Entflechtung entstand in Wirklichkeit eine Neuorganisation der Konzerne nach modernsten und effektivsten Strukturen. Zugleich wurden Zugänge geschaffen für das verstärkte Eindringen von US-Kapital, was die Sicherheit der Konzernherren vor einer drohenden Enteignung erhöhte. Ähnlich erging es den Bodenreformplänen. Hier wurde der Großgrundbesitzer Schlange-Schöningen Leiter der Zweizonenverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft.

Obwohl Hunderttausende Landbewerber und Umsiedler auf eine Bodenreform rechneten, konnten sich die meisten westdeutschen Landtage nicht zu mehr aufrufen als zu einer bescheidenen Bodenumverteilung zu Siedlungszwecken. Selbst diese Gesetze wurden nicht verwirklicht.

III. Einheit oder Spaltung der Arbeiterklasse – die entscheidende Frage

Um alle diese Fragen führte die KPD in den Parlamenten und in außerparlamentarischen Aktionen einen entschiedenen Kampf für ähnlich grundlegende Reformen, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone unter aktiver Beteiligung der Massen verwirklicht wurden. Auch in den Westzonen wären solche Umgestaltungen durchsetzbar gewesen, hätte die Arbeiterklasse, wie im Osten Deutschlands, auch hier ihre Spaltung überwunden. Einheit oder Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse, das entschied auch über Einheit oder Spaltung Deutschlands.

Wille zur Einheit

Der Wille, zur Einheit der Arbeiterklasse zu kommen, war bei den Kommunisten ebenso wie bei den Sozialdemokraten, vor allem der aktiven Antifaschisten, aus beiden Parteien spontan vorhanden. Sie wußten, daß die Spaltung und der Bruderkampf der Arbeiterorganisationen dazu beigetragen hatte, daß dem Faschismus nicht der Weg versperrt werden konnte. Eine einheitlich handelnde Arbeiterbewegung in klarer Frontstellung zum Großkapital war in der Lage, die anderen demokratischen Kräfte an sich zu binden, das Großkapital zu isolieren und zu entmachten. Eine gespaltene Arbeiterbewegung dagegen erleichterte den Aufbau neuer, den Interessen des Großkapitals dienender Parteien. Diese Erkenntnis führte in der sowjetischen Besatzungszone zur Vereinigung von SPD und KPD zur SED.

Auch in den Westzonen zeigte sich dieser Wille zur Einheit der Arbeiterklasse in fast allen Städten und Bezirken. Sofort nach der Neubildung der Parteigruppen traten die Kommunisten an SPD-Genossen heran, um die gemeinsame Arbeit der Parteien der Arbeiterbewegung zu sichern. In vielen Städten des Rhein-Ruhr-Gebietes, in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, um nur einige zu nennen, wurden gemeinsame Aktionsausschüsse geschaffen. In Bayern, Hessen, Hamburg und dem Ruhrgebiet wurden noch bis Anfang 1946 offizielle Vereinbarungen zwischen den Bezirksleitungen beider Parteien abgeschlossen.

Zehntausende Parteilose unterstützten mit ihrer Unterschrift die Bemühungen, SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei zusammenzuschließen, und erklärten ihre Bereitschaft, einer solchen einheitlichen Partei beizutreten.

Doch um sich zu vereinigen, ist es notwendig zu wissen, welchem Ziel diese Vereinigung dient, welche Partei entstehen soll. Es galt, Prinzipien und Ziele der einheitlichen Arbeiterpartei kameradschaftlich auszudiskutieren. Für die Kommunisten führte der Weg zur Einheitspartei über die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten gegen die Monopole und Naziverbrecher. In dieser Aktionseinheit mußten Mißtrauen überwunden und gemeinsame Ziele erkannt werden. Dabei galt es auch, ohne Vorwürfe und Diffamierung die Fehler von Weimar auszudiskutieren, um ihre Wiederholung zu verhindern.

Doch gerade das stieß auf den Widerstand bestimmter sozialdemokratischer Führer, die schon vor 1933 in der Klassenharmonie mit dem Großkapital, in der Unterordnung der Arbeiterbewegung unter dessen Ziele, in der Politik des kleineren Übels einen Ausweg vor dem Faschismus gesucht hatten. An ihrer Haltung war in der Zeit des Faschismus oft der gemeinsame Kampf gescheitert oder zumindest behindert worden, weil sie fürchteten, durch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten Bürgertum und Generalität zu erschrecken. Repräsentant dieser Kräfte war Kurt Schumacher, dem von der britischen Besatzungsmacht in Hannover ein Büro geschaffen wurde zur Leitung der Sozialdemokratischen Partei in den Westzonen.

Schumacher versuchte einerseits, die Kommunisten „links“ zu überholen, indem er den Sozialismus zur Tagesaufgabe erklärte. Den Kommunisten, die „nur“ die Enteignung der Monopole und Kriegsverbrecher forderten, warf er vor, sie hätten das Programm der Wirtschaftspartei der Weimarer Republik – einer Partei des Kleinbürgertums und kleiner Unternehmer – übernommen, die SPD sei jedoch für die Beseitigung des Kapitalismus. Doch zugleich bezog er nationalistische Positionen, wandte sich gegen Reparationsverpflichtungen, verkündete, „die sowjetische Besatzungszone“ sei zu weit nach Westen vorgerückt. Im Gegensatz zu allen Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes erklärte er, die SPD sei die einzige Partei, die dort weitermachen könne, wo sie 1933 aufgehört habe.

Auf dieser Grundlage der erneuten Unterordnung unter die Interessen des Kapitals statt klarer Klassenpositionen der Arbeiterklasse war eine Einheit nicht möglich. Zwar konnte auch das Büro Schumacher nicht offen gegen die Aktionseinheit auftreten, war in den meisten Städten der Wille zur Einheit lange noch stärker als die Tendenz zur Spaltung, doch wurden die Gegenkräfte in dem Maße stärker, wie die Westmächte von der Politik der Anti-Hitler-Koalition zum kalten Krieg gegen die Sowjetunion übergingen. Dort, wo sich nach der Vereinigung von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone, in Städten und Kreisen der Westzonen Sozialdemo-

Über Aktionseinheit zur Einheit

Büro Schumacher als Spaltpilz

Spaltung der
Arbeiterbewegung
ermöglicht
CDU-Führung

kraten weiterhin für die Einheitspartei aussprachen und Komitees für dieses Ziel schufen, wurde ihnen das schließlich von der Besatzungsmacht verboten.

Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse, neuer Antikommunismus und Antisowjetismus seitens sozialdemokratischer Führer, schrittweise Absage an jede Aktionseinheit, Verketzerung der demokratischen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone – das war ein Nährboden für die Pläne des Großkapitals, das sich mit der CDU unter Adenauer seine entscheidende neue Partei schuf. Das Nachsehen hatte davon nicht nur die KPD; auch die SPD, die hoffte, durch ihr Wohlverhalten gegenüber dem Bürgertum, stärkste politische Kraft zu werden, wurde enttäuscht. Mit Adenauers CDU konnte das Großkapital der Westzonen an die Restauration seiner Macht, an den Aufbau eines neuen Staatsapparates gehen.

Kurz vor seinem Tode beklagte Schumacher, „hinter dem Rücken der kämpfenden Sozialdemokratie“ hätte sich die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik vollzogen. Richtiger muß es wohl heißen, unter dem Schutz der in falscher Front kämpfenden sozialdemokratischen Führung entstand erneut jene Möglichkeit, die Kräfte des Kapitals zu sammeln, schwankende zu gewinnen und mit Antikommunismus zu verwirren.

IV. Wie und von wem wurde Deutschland gespalten?

Entstanden so durch Verwirklichung oder Verhinderung der Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition und des Wollens der antifaschistischen Kräfte schon in den ersten beiden Nachkriegsjahren grundlegend unterschiedliche Bedingungen für den Kampf der Kommunisten in den Westzonen gegenüber denen der sowjetischen Zone, so wurde mit dem Beginn des kalten Krieges der Weg der Spaltung Deutschlands immer offener verkündet. Das deutsche Großkapital nutzte die Chance, seine Macht wenigstens in einem Teil Deutschlands wiederherzustellen, und hoffte darauf, in Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital auch die sowjetische Besatzungszone und die verlorenen Gebiete zurückzuerobern.

Schon am 5. März 1946 hielt der britische Kriegspremier und damalige Oppositionsführer im Unterhaus, Winston Churchill – er war noch während der Potsdamer Konferenz von einer Labour-Mehrheit gestürzt worden –, in Anwesenheit von US-Präsident Truman an der US-Universität Fulton eine Rede, die als Beginn des kalten Krieges angesehen wird. Churchill forderte die Umorientierung der Politik der Westmächte auf den Kampf gegen die Sowjetunion. An die Stelle der Anti-Hitler-Koalition sollte ein antisowjetisches Militärbündnis treten. Wenige Monate später, Anfang 1947, wurde diese Politik mit der Verkündung der Truman-Doktrin offizielle Linie der USA. Der kalte Krieg gegen die Sowjetunion, der den heißen Krieg zur Zurückdrängung des Sozialismus einkalkulierte, begann. Er war der Versuch des Imperialismus, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, das Entstehen des sozialistischen Weltsystems, rückgängig zu machen. Er scheiterte auf der ganzen Linie nach einem erbitterten Kampf.

Um den auch in Westeuropa tieferschütterten Kapitalismus zu stabilisieren, um zugleich die weitere Umgestaltung und den Weg zum Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern zu behindern, verkündeten die amerikani-

Kalter Krieg
Geburthelfer der
Bundesrepublik

schen Imperialisten im Juni 1947 den Marshallplan. Die riesigen Kriegsgewinne der USA wurden dazu genutzt, mit US-Kapitalspritzen die Wirtschaft der kapitalistischen Länder anzukurbeln, sie zugleich fester der Vorherrschaft des US-Kapitals zu unterwerfen.

Die Kredite des Marshallplans waren daran gebunden, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in den Empfängerländern nicht angetastet wurden. Das widersprach nicht nur den Forderungen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte Deutschlands, es rief ebenso den Widerstand der fortschrittlichen Kräfte anderer Länder Europas, vor allem Frankreichs und Italiens, hervor.

Annahme oder Ablehnung des Marshallplans, das wurde zur Entscheidung für oder gegen die Wiedererrichtung der Macht des Großkapitals, für oder gegen auch die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen, für oder gegen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Es war der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ihre Gesellschaftsordnung frei zu bestimmen oder ihre Unterordnung unter die Vorherrschaft des US-Imperialismus.

Die Kommunisten vertraten in diesem Kampf klar die nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes. Sie lehnten es ab, die Ziele des antifaschistischen Kampfes preiszugeben. Diese Position durchzuhalten war nicht einfach. Spekulierten doch die USA und ihre westdeutschen Partner erbarungslos mit der Not der arbeitenden Menschen. So wurden 1947 und Anfang 1948 die Lebensmittelrationen der Bevölkerung mehrfach gekürzt. Zugleich begann eine massive Korruption des Bewußtseins wichtiger Gruppen der Bevölkerung durch die millionenhafte Verteilung von Care-Paketen als Gegenleistung für Wohlverhalten gegenüber der US-Besatzpolitik.

Adenauer und die bürgerlichen Parteien insgesamt wurden sofort zu Befürwortern der Marshallplanpolitik, obwohl es auch in ihren Reihen nicht an Warnungen davor fehlte, daß dies die Spaltung Deutschlands fördern werde. Auch die SPD-Führung begrüßte schließlich auf ihrem Nürnberger Parteitag 1948 die Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan, und die Gewerkschaftsgremien schlossen sich dem an. Das 1945/46 verkündete Ziel der „Sozialisierung“ wurde damit von der SPD preisgegeben.

Massiv wurden zugleich alle Kontakte zur sowjetischen Besatzungszone mit dem Ziel der Wiedervereinigung bekämpft. Um die wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Zone zu sabotieren, verboten die westlichen Besatzungsmächte im März 1948 den Interzonenhandel. Auf den Außenministerkonferenzen der vier Großmächte wurden die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung einheitlicher deutscher Zentralbehörden abgelehnt. Die Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften wurden 1947 abgebrochen. Einer auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten im Juni 1947 stattfindenden Tagung der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder, zu der auch die der sowjetischen Zone anreisen, wurde verboten, über das Problem der deutschen Einheit zu sprechen. Daraufhin reisten die fünf Ministerpräsidenten der Ostzone unter Protest ab.

Für Adenauer und Schumacher war zu diesem Zeitpunkt die Spaltung Deutschlands bereits klar. Schumacher z. B. erklärte im Oktober 1947 in den USA: „Die Aufteilung Deutschlands ist eine bereits vollzogene Tatsache. Die schnellstmögliche Schaffung friedlicher Lebensbedingungen für die Deutschen außerhalb der sowjetischen Einflußnahme ist daher notwendig.“

**Marshallplan =
Restauration des
Kapitalismus**

Spekulation mit der Not

**KPD-Minister
entlassen**

Im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan und weiterer Spaltungsmaßnahmen wurden 1948 die kommunistischen Minister aus den Landesregierungen der Westzonen entlassen und damit auch offiziell die antifaschistische Gemeinsamkeit aufgekündigt. (Ähnliche Vorgänge erfolgten in Frankreich und Italien, nur in der ČSSR scheiterte der Versuch der Verdrängung der Kommunisten, der stärksten Partei des Landes, aus der Regierung.)

Mit dem Übergang vom kalten Krieg ging es Schlag auf Schlag voran zur endgültigen Spaltung Deutschlands:

Bi- und Trizonen

- Am 29. Mai 1947 legten die Befehlshaber der britischen und amerikanischen Zone ihre Zonen zusammen und bildeten den Zweizonenwirtschaftsrat. Später schloß sich die französische Zone an. Es entstand eine Verwaltung der Bi- bzw. Trizone als Kern eines neuen westdeutschen Staatsapparates. Alle Schlüsselfunktionen erhielt die CDU.
- Im Februar, März und April bis Juni 1948 berieten in London Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, unter offener Durchbrechung aller Vereinbarungen mit der Sowjetunion, über die Zukunft Deutschlands. Sie beschlossen die Einsetzung des Parlamentarischen Rats zur Ausarbeitung einer Westzonenverfassung, ein Besatzungsstatut für die Westzonen und die Einbeziehung dieser Zonen in den Marshallplan.

Ende des Kontrollrats

- Da alle in London behandelten Fragen in die Zuständigkeit des Alliierten Kontrollrats fielen bzw. der Außenministerkonferenz der vier Mächte, stellte der Kontrollrat seine Tätigkeit ein, da die Westmächte nicht mehr bereit waren, das Prinzip der Einstimmigkeit zu achten.

Währungsreform

- Am 20. Juni 1948 führten die Westmächte, ohne Konsultation der Sowjetunion, die separate Währungsreform durch. Sie spalteten damit das einheitliche deutsche Währungsgebiet. Zugleich war diese Währungsreform ein wichtiger Schritt der Konzentration des Kapitals. Kleinbesitzer verloren ihr Vermögen, die großen Sachwerte blieben unangetastet.
- Verbunden mit der Währungsreform war die Spaltung Berlins, da entgegen einer Zusage der Westkommandanten die Westsektoren in die Währungsreform einbezogen wurden. Um von der sowjetischen Besatzungszone Schaden abzuwehren, unterbrach daraufhin die sowjetische Besatzungsmacht die Landverbindungen nach Berlin. Sie erklärte sich zugleich bereit, ganz Berlin aus der sowjetischen Zone zu versorgen.

Parlamentarischer Rat

- Am 1. September 1948 nahm der Parlamentarische Rat seine Arbeit zur Ausarbeitung der Verfassung Westdeutschlands auf. Am 8. Mai 1949 verkündete er das Grundgesetz.
- Noch vorher, am 28. Dezember 1948, wurde durch die Verkündung des Ruhr-Statuts die Kohle- und Stahlindustrie aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet herausgelöst.

NATO

- Im April 1949 wurde als das wichtigste Instrument des kalten Krieges der NATO-Militärpakt abgeschlossen, zwar wurden die Westzonen darin zunächst nicht Mitglied, doch gehörte ihr Territorium durch die Herrschaft der Besatzungsmächte zum NATO-Aufmarschgebiet.

In der Summe dieser Schritte, die ihren Abschluß in den Wahlen zum Bundestag und der Bildung der Bundesregierung fanden, war die wirtschaftliche, politische und militärische Spaltung Deutschlands vollzogen. Alle Schritte der Spaltung Deutschlands vollzogen sich unter Bruch der vom Potsdamer Abkommen vereinbarten und völkerrechtlich verbindlichen Ziele der Anti-Hitler-Koalition. Sie dienten der Wiederherstellung der Macht derer, die an Krieg und Faschismus die Schuld trugen und die jetzt im Bündnis mit den USA auf eine Revanche hofften.

Zugleich war die Spaltung Deutschlands ein Ausdruck der Schwächung des deutschen Großkapitals im Gefolge der Niederlage im zweiten Weltkrieg. Nur in einem Teil Deutschlands gelang ihm die Restaurierung seiner Macht. Im anderen Teil, in dem die Arbeiterklasse ihre politische Spaltung überwand, es dabei verstand, alle demokratischen Kräfte zu vereinen, fand die Macht des Kapitals für immer ein Ende. Es entstand im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik, die erste Arbeiter-und-Bauern-Macht der deutschen Geschichte.

V. Was taten in dieser Zeit die Kommunisten?

1947 wurde klar, daß für eine längere Zeit in den Westzonen andere Kampfbedingungen entstehen würden als in der sowjetischen Zone. Das machte die Bildung einer eigenen Leitung für diese Besatzungszonen erforderlich. Auf der Herner Konferenz der KPD im April 1948 wurde deshalb der Parteivorstand der KPD gebildet, der unter der Leitung Max Reimanns stand und zunächst in Frankfurt am Main, später in Düsseldorf seinen Sitz hatte.

Weiterführung des Ringens um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen, Kampf um Aktionseinheit, Mobilisierung der Massen gegen die Spaltungspolitik des Großkapitals, das waren die Hauptaufgaben. Aus der Vielfalt der Kampfaufgaben dieser Zeit können wir nur einige herausgreifen:

Im Kampf gegen die Spaltungspolitik unternahmen die Kommunisten zusammen mit anderen demokratischen Kräften große Anstrengungen zur Sammlung aller patriotischen Kräfte unseres Landes. Es entstand die starke Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, an der Politiker aller Strömungen beteiligt waren, die die Spaltungspolitik verurteilten. Die Volkskongreßbewegung stellte der Ausarbeitung des Grundgesetzes auf Befehl der Alliierten eine breite Volksdiskussion um die Verfassung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands entgegen. Auf drei großen Volkskongressen, deren Delegierte in der sowjetischen Zone in geheimer Wahl gewählt, in den Westzonen auf großen Kundgebungen delegiert wurden, wurde diese Verfassung eines demokratischen Deutschlands diskutiert, die später zur Verfassung der DDR wurde.

Auch in den Westzonen gab es große Zustimmung aus allen Parteien zu dieser Volkskongreßbewegung. Anfang 1948 kam es in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu Landeskongressen der Volkskongreßbewegung, an denen jeweils mehr als 1000 Delegierte teilnahmen. Dann verboten die Militärregierungen der Westzonen weitere Kongresse. Dennoch nahmen trotz Verbot immer mehr als 500 Delegierte Westdeutschlands an den zentralen Volkskongressen in Berlin teil.

**Bildung des
Parteivorstands
der KPD**

**Volkskongreß-
bewegung**

Parlamentarische Tätigkeit und außerparlamentarische Aktion

Der konsequente Kampf der Kommunisten für nationale und soziale Interessen fand auch einen Niederschlag in Wahlerfolgen der KPD. So stieg der Stimmenanteil der KPD in Nordrhein-Westfalen bei den Landtagswahlen 1947 auf 14 Prozent. Kommunisten wirkten mit, um in den Landesverfassungen demokratische Grundrechte soweit wie möglich zu verankern und auch andere soziale Verbesserungen zu erkämpfen. In Verbindung mit außerparlamentarischen Aktivitäten gelang es z. B., in Nordrhein-Westfalen ein Gesetz über den Hausarbeitstag für berufstätige Frauen durchzusetzen. Kommunisten standen auch an der Spitze vieler sozialer und politischer Kämpfe in den Betrieben, bei denen es damals vor allem um die gerechte Verteilung von Lebensmitteln, aber auch um die Verteidigung von in den ersten Jahren erreichten Rechten der Betriebsräte und der Gewerkschaften ging.

FDJ – Kampfgorganisation der Jugend

Eine bedeutende Rolle in der Mobilisierung der Jugend spielte die FDJ, die in vielen Städten zur bedeutendsten Jugendorganisation wurde. Gegen sie richteten sich schon damals scharfe Angriffe der Reaktion, die bemüht war, sie mit antikommunistischen Provokationen aus den Jugendingen zu verdrängen und sie zu isolieren.

Die KPD-Presse

Die kommunistische Presse, mit großen Opfern aufgebaut, wurde in den Jahren 1947–1949 immer wieder verboten. Diese Verbote bedeuteten eine nicht unerhebliche Begrenzung der Massenverbindungen der Kommunisten, zumal sie stets mit scharfen antikommunistischen Wellen zusammenfielen. Die Papierzuteilungen, von denen die Auflage abhing, wurden mehrfach gekürzt, das Papier den Zeitungen der CDU und SPD zugeleitet.

1948 standen die Kommunisten der Westzonen vor der schwierigen Entscheidung, an der Arbeit des Parlamentarischen Rates teilzunehmen oder nicht. Der Parlamentarische Rat war keine vom Volk gewählte konstituierende Versammlung; er entstand auf Befehl der Besatzungsmächte. Zwar wurden seine Abgeordneten von den Landtagen delegiert, doch war die Zahl der Abgeordneten bewußt klein gehalten, was die CDU und SPD bevorzugte. So hatte die KPD 1948 bei den vorhergehenden Landtagswahlen insgesamt etwa zehn Prozent der Wähler gewonnen, doch nur auf den Landtag von NRW entfielen so viel Delegierte, daß auch zwei Kommunisten in den 65köpfigen Parlamentarischen Rat einziehen konnten.

KPD und Grundgesetz

Dennoch entschieden sich die Kommunisten – unter Auswertung der Erkenntnis, daß die Nichtteilnahme an der Weimarer Nationalversammlung 1919 ein Fehler war – für die aktive Mitarbeit. Es ging ihnen dabei darum, sowohl im Parlamentarischen Rat wie in der außerparlamentarischen Aktion immer wieder gegen die Spaltung Deutschlands anzukämpfen. Es ging ihnen zugleich darum, jede Gelegenheit zu nutzen, um soviel wie möglich an demokratischen Grundrechten für die arbeitende Bevölkerung im Grundgesetz zu verankern, auch dafür außerparlamentarische Bewegung mit der parlamentarischen Arbeit zu verbinden. In diesem Sinne wirkten Max Reimann und Heinz Renner (zeitweilig Hugo Paul) im Parlamentarischen Rat. Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes verweigerten sie ihre Unterschrift, weil das Grundgesetz die Spaltung Deutschlands besiegelte, für die die Kommunisten keine Verantwortung übernehmen wollten. Sie lehnten das Grundgesetz ab, weil es zu wenig demokratische Rechte enthielt, erklärten jedoch zugleich, daß bald der Tag kommen werde, wo die Kommunisten gerade diese demokratischen Rechte gegen diejenigen verteidigen müßten, die das Grundgesetz verkündeten.

VI. Die Herausbildung der beiden deutschen Staaten, das Ergebnis zweier Klassenlinien in der deutschen und internationalen Politik.

Was ist nationale Politik heute?

Mit dem Abstand von mehr als 30 Jahren ist es heute leicht, die Herausbildung der beiden deutschen Staaten in den Kampf der beiden Klassenlinien einzuordnen, die sich am Ende des zweiten Weltkrieges, in der Zeit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und der damit verbundenen neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, gegenüberstanden.

Dennoch war dieser Weg nicht einfach vorbestimmt, auch nicht fremdbestimmt durch die Anwesenheit unterschiedlicher Besatzungsmächte, obwohl deren Rolle nicht unterschätzt werden darf.

Die Herausbildung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR war ebenso unmöglich ohne das aktive demokratische Handeln der Volksmassen, ihre Mobilisierung und Führung durch eine einheitliche Partei der Arbeiterklasse wie die Wiederherstellung der Macht des Großkapitals durch Lähmung und Spaltung der demokratischen Kräfte in den Westzonen. Wer heute in unserem Land die ganze Entwicklung auf Fremdeinwirkung zurückführen will, versucht, von der Verantwortung des deutschen Großkapitals abzulenken, das seine Interessen wie immer höher stellte als die der Nation, ihrer großen Mehrheit.

Die Spaltung Deutschlands wurde möglich, weil das deutsche Großkapital Zeit gewinnen konnte zur Wiederherstellung seines Machtapparates, weil die Volksmassen in den Westzonen, sowohl durch die Besatzungsmächte, aber auch durch prokapitalistische Politik der bürgerlichen Parteien an der Zerschlagung seiner ökonomischen Macht gehindert wurde. Die Spaltung wurde möglich, weil in der Führung der SPD in den Westzonen, entgegen allen Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes, sich die Kräfte durchsetzten, die erneut die Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital suchten und zu diesem Zweck die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten und vertiefen mußten.

Die Spaltung Deutschlands wurde möglich, weil die ideologischen Wurzeln des Faschismus nicht konsequent zerschlagen wurden. Antikommunismus und Antisowjetismus wurden nahtlos als Staatsdoktrin der sich herausbildenden Bundesrepublik übernommen. Das war besonders verhängnisvoll, weil so die Verantwortung des Faschismus und der ihn hervorbringenden Kräfte an den Kriegsfolgen verschleiert wurde und neuen Revanchismus ermöglichte.

Die Politik der KPD entsprach in diesen Jahren des Kampfes gegen die nationale Spaltung, gegen die Wiederherstellung der Macht des Großkapitals zutiefst den nationalen Interessen unseres Volkes. Nationales Interesse maß und mißt sich dabei nicht daran, ob alle Deutschen in einem Staat vereinigt sind, sondern daran, ob es gelingt, die Herrschaft der Kräfte zu brechen, die unser Land zweimal in diesem Jahrhundert zum Ausgangspunkt eines Weltkrieges machten.

Verantwortung für die Spaltung trägt das Großkapital

Warum wurde die Spaltung Deutschlands möglich?

Nationale Politik = Kampf gegen das Großkapital

1938 waren fast alle deutschsprachigen Menschen Europas unter Hitlers Führung in einem Staat „vereint“. Doch gerade das wurde zum Ausgangspunkt tiefster Schande für unser Volk.

1945 gelang es, in einem Teil Deutschlands die Macht des Großkapitals, der Junker und Militaristen für immer zu überwinden. Diese antworteten darauf mit der Spaltung der Nation. Sie machten deutlich, daß ihre Profitinteressen unvereinbar sind mit den nationalen Interessen unseres Volkes. Um so mehr, als sie auch nachfolgend den Nationalismus wieder nutzten und nutzen, um neuen Revanchismus, neue Kriegsgefahr heraufzubeschwören.

**Was heißt heute
nationale Politik?**

Nationale Politik, das heißt heute:

alles tun, damit vom Boden der Bundesrepublik kein neuer Krieg ausgeht, der das Ende unseres Volkes bedeuten würde;

für die Fortsetzung der Entspannung, für die strikte Einhaltung aller Verträge, die das friedliche Zusammenleben der beiden deutschen Staaten garantieren, einzutreten;

sich gegen die abenteuerliche und friedensgefährdende NATO-Raketen-Politik zu wehren, die die Bundesrepublik zum atomaren Schlachtfeld eines neuen Krieges machen würde;

den Kampf zu führen, um auch in der Bundesrepublik die Macht des Großkapitals zurückzudrängen und schließlich zu überwinden.

Zeittafel

- | | |
|--------------------------------|--|
| 11. Juni 1945 | Aufruf des ZK der KPD |
| 17. Juli bis
2. August 1945 | Potsdamer Konferenz |
| 6. August 1945 | US-Atombombe auf Hiroshima |
| 30. August 1945 | Alliiertes Kontrollrat beginnt seine Arbeit |
| 5.–6. Oktober 1945 | SPD-Konferenz unter Leitung Schumachers in Kloster Wenigsen gegen Einheit der Arbeiterparteien |
| 21./22. April 1946 | Vereinigungsparteitag von SPD und KPD in Berlin. Bildung der SED |
| 9./11. Mai 1946 | SPD-Parteitag für die Westzonen in Hannover |
| 30. Juni 1946 | Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung der Kriegsverbrecher |
| 1. Dezember 1946 | Volksentscheid in Hessen zu Artikel 41 der hessischen Verfassung |
| 22. Dezember 1946 | Abtrennung des Saarlandes von Deutschland |
| 1. Januar 1947 | Bildung der Bizone |
| 5. Juni 1947 | Marshallplan |
| 6./7. Dezember 1947 | 1. Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. Volkskongresse in den Westzonen werden verboten |
| 27. April 1948 | Herner Konferenz der KPD. Bildung des Parteivorstands der KPD |
| 7. Juni 1948 | Londoner Empfehlungen zur Spaltung Deutschlands |
| 20. Juni 1948 | Währungsreform in den Westzonen |
| 1. August 1948 | Bildung der Trizone |
| 1. September 1948 | Einsetzung des Parlamentarischen Rats durch die Westmächte |
| 5./6. März 1949 | Solinger Parteikonferenz der KPD |
| 4. April 1949 | Gründung der NATO |
| 10. April 1949 | Besatzungsstatut für die Westzonen |
| 28. April 1949 | Ruhrstatut |
| 8. Mai 1949 | Annahme des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat |

14. August 1949

Wahl des 1. Bundestages

7. Oktober 1949

Gründung der DDR

Lehrgänge der Karl-Liebknecht-Schule 1982

Lehrgänge zur ②

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die sozialpolitischen Vorschläge der DKP – Alternativen zur Rotstiftpolitik
31. 1. – 6. 2. 1982

Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterklasse
20. 6. – 26. 6. 1982

Kampfplatz Betrieb – Erfahrungen des Kampfes um die Verteidigung von Arbeitsplätzen
17. 10. – 23. 10. 1982

Lehrgänge zur ⑥

Einführung in Teilbereiche der Parteiarbeit

Die DKP und der Kampf um den Frieden – Aktuelle Fragen der Bündnispolitik
10. 1. – 16. 1. 1982

Kommunalpolitik
14. 2. – 20. 2. 1982
1. 8. – 7. 8. 1982

Hochschulpolitik
18. 4. – 24. 4. 1982

Frauenpolitik
12. 4. – 17. 4. 1982

Wie machen wir eine Gruppenzeitung?
9. 5. – 15. 5. 1982

Kulturpolitik
17. 1. – 23. 1. 1982

Bildungsverantwortliche
27. 6. – 3. 7. 1982

Jugendpolitik der DKP
26. 9. – 2. 10. 1982

Kassiererlehrgang
16. 5. – 22. 5. 1982

Grundlehrgänge ①

Diese Lehrgänge dienen der Einführung in das Programm der DKP. Sie sind besonders geeignet, um neue Genossen schnell mit der Politik unserer Partei vertraut zu machen, helfen jedoch auch manchem älteren und erfahrenen Kommunisten, sein Wissen aufzufrischen und zu erweitern. Erfahrungsaustausch wird auf diesen Lehrgängen besonders groß geschrieben.

- 3. 1. – 9. 1. 1982
- 7. 2. – 13. 2. 1982
- 7. 3. – 13. 3. 1982
- 28. 3. – 3. 4. 1982
- 2. 5. – 8. 5. 1982
- 6. 6. – 12. 6. 1982
- 25. 7. – 31. 7. 1982
- 5. 9. – 11. 9. 1982
- 3. 10. – 9. 10. 1982
- 7. 11. – 13. 11. 1982
- 5. 12. – 11. 12. 1982

Lehrgänge zur Einführung ④

in das Studium von Werken unserer Klassiker

Marx/Engels
Das Manifest der Kommunistischen Partei
4. 4. – 9. 4. 1982

Lenin „Was tun?“
23. 5. – 29. 5. 1982

Lenin Staat und Revolution
13. 6. – 19. 6. 1982

Lenin Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus
22. 8. – 28. 8. 1982

Lenin Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus
24. 10. – 30. 10. 1982

Lehrgänge zur Einführung ③

in Bestandteile des Marxismus

Politische Ökonomie des Kapitalismus
8. 8. – 21. 8. 1982

Dialektischer und historischer Materialismus
12. 9. – 25. 9. 1982

Die allgemeine Krise des Kapitalismus
25. 4. – 30. 4. 1982

Anders leben – aber wie?
4. 7. – 10. 7. 1982

Was unterscheidet die DKP von anderen Parteien – Zur marxistischen Theorie der Partei der Arbeiterklasse
28. 11. – 4. 12. 1982

Lehrgänge zur Geschichte ⑤

der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung

Die Kommunistische Weltbewegung – Entwicklung und Probleme
10. 10. – 16. 10. 1982

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Konstituierung der DKP
28. 2. – 6. 3. 1982

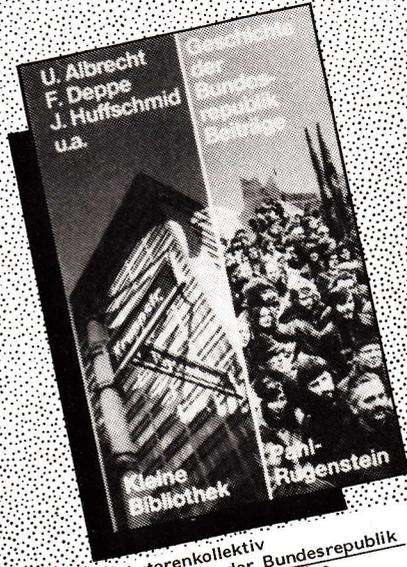
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
11. 7. – 24. 7. 1982

Von der Konstituierung der DKP bis zum 6. Parteitag
12. 12. – 18. 12. 1982

Erfahrungen aus der Geschichte der KPdSU
14. 3. – 27. 3. 1982
14. 11. – 27. 11. 1982



F. Noll/R. Booß
Geschichte in Geschichten
 Ein bundesdeutsches Lesebuch
 Weltkreis-Verlag, Dortmund
 360 S., Paperback, DM 14,80



U. Albrecht
 F. Deppe
 J. Hufschmid
 u.a.
**Geschichte der Bundesrepublik
 Beiträge**
 Kleine Bibliothek
 Pahl-Rugenstein
 Autorenkollektiv
**Geschichte der Bundesrepublik
 Deutschland - Beiträge**
 Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln
 526 S., Taschenbuch, DM 14,80



Heinz Heitzer
**DDR
 Geschichtlicher Überblick**
 Verlag Marxistische Blätter, Ffm.
 299 S., 64 Bildseiten, DM 5,80



Rolf Badstübner
 Siegfried Thomas
**Restauration
 und Spaltung
 Entstehung
 und
 Entwicklung
 der BRD
 1945-1955**
 Kleine Bibliothek
 Pahl-Rugenstein
 R. Badstübner/S. Thomas
**Restauration und Spaltung,
 Entstehung und Entwicklung
 der BRD 1945 - 1955**
 Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln
 512 S., Broschur, DM 14,80

Lesetip

der

collectiv - Buchhandlungen



DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68